

Kandidatencheck zur Bundestagswahl 2013



Antworten von Dr. Marcus Schaper, Grüne

1. Kurzfragen zum Thema Arbeit:

- a) Sind Sie für die gesetzliche Regelung des flächendeckenden Mindestlohnes?

(flächendeckender Mindestlohn?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Gegen Dumpinglöhne brauchen wir endlich einen echten allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, darüber hinausgehende branchenspezifische Mindestlöhne und allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge. Der schwarz-gelbe Pseudo-Mindestlohn würde weiterhin unanständig niedrige Tariflöhne erlauben, von denen keiner leben kann, wie die 4,39 Euro Tarif-Stundenlohn für Floristinnen in Sachsen-Anhalt.

- b) Sind Niedriglöhne und prekäre Jobs für Sie ein Alarmzeichen, um sich für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt mit guter Arbeit einzusetzen?

(neue Arbeitsmarktordnung?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Mini-Jobs, Leiharbeit und befristete Verträge waren als Brücke in reguläre feste Anstellungen gedacht. Das hat nicht funktioniert – gerade einmal 7% der LeiharbeiterInnen kommen in feste Anstellung. Inzwischen sind rund ein Viertel aller Erwerbstätigen atypisch beschäftigt: in Teilzeit, Leiharbeit, befristet oder geringfügig. Wir brauchen einen Politikwechsel für mehr Gerechtigkeit. Grüne Politik setzt auf eine arbeitsmarkt- und sozialpolitische Kehrtwende. Wir setzen auf sichere und gerecht entlohnte sozialversicherungspflichtige Arbeit, die den Menschen Perspektiven bietet. Minijobs müssen durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ersetzt werden.

c) Sind Sie für die gewerkschaftliche Forderung nach gleichem Geld für gleiche Arbeit?

(gleiches Geld für gleiche Arbeit?) 



Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung: Equal Pay sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Das Prinzip muss zwischen Männern und Frauen genauso gelten wie zwischen Festangestellten, LeiharbeiterInnen und Menschen, die über Werkverträge angestellt sind. Mit Blick auf Geschlechtergerechtigkeit reicht Equal Pay aber nicht, da Frauen auch Equal Opportunity brauchen. So lange bestimmte Jobs Männern vorbehalten bleiben, reicht gleiches Geld für die gleiche Arbeit nicht aus. Wir brauchen daher eine konsequente und verbindliche Frauenquote in Wirtschaft, Staat und Politik – einschließlich eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft – und die Korrektur weiterer Erwerbshindernisse für Frauen: Sozialversicherungspflicht für alle Jobs (inkl. Minijobs), verlässliche Kinderbetreuung in KiTa, Hort und Schule, Abschaffung des Ehegatten-Splittings, eigene Absicherung durch die Bürgerversicherung.

d) Sind Sie bereit, über eine stärkere Besteuerung der Reichen und Vermögenden mehr für Bildung und Ausbildung zu investieren? (Vermögenssteuer?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung: Deutschland lebt von der Substanz: die öffentliche Infrastruktur verfällt, der Schuldenberg wächst, in die Zukunft unseres Landes wird zu wenig investiert. Gleichzeitig geht die soziale Schere immer weiter auseinander: die Reichen werden reicher und die Armen immer ärmer. Zum Ausgleich muss die Einkommensteuer reformiert werden und eine einmalige Vermögensabgabe von den Reichsten erhoben werden. 90% der Einkommensteuerzahlenden werden von den GRÜNEN Steuerplänen profitieren, nur die obersten Top-Verdiener werden moderat mehr zahlen. Alle, die unter 70.000 Euro im Jahr verdienen, werden Steuern sparen. Den Grundfreibetrag der Einkommensteuer, also das Einkommen, welches für alle steuerfrei bleibt, wollen wir GRÜNE von aktuell 8.130 Euro auf 8.712 Euro erhöhen. Damit entlasten wir über 90 % der Einkommensteuerzahlenden. Den Spitzensteuersatz wollen wir GRÜNE von aktuell 42% auf 49% anheben und ab einem zu versteuernden Einkommen von 80.000 Euro greifen lassen. Dies entspricht einem Bruttoeinkommen von ca. 90.000 Euro und mehr. Die Abgeltungsteuer, eingeführt durch CDU/CSU und SPD, wollen wir abschaffen. Kapitalerträge werden so nur noch mit 25% pauschal statt mit dem vollen Einkommensteuersatz besteuert. Das ist ungerecht, denn es bevorzugt Menschen mit hohen Zinseinkommen. Wir GRÜNE wollen Kapitalerträge genauso wie Arbeitseinkommen besteuern.

Menschen mit einem Privatvermögen (nicht Betriebsvermögen!) von über 1 Million Euro sollen über 10 Jahre verteilt jährlich 1,5 Prozent Vermögensabgabe zahlen, um mit dem Staatsschuldenabbau beginnen zu können. Wir folgen damit nach der Finanzkrise dem guten Beispiel von Konrad Adenauer, der eine solche Abgabe nach dem Krieg erhoben hat.

- e) Befürchten Sie zunehmende Altersarmut, wenn es nicht zu einer solidarisch finanzierten Alterssicherung kommt? (solidarisch finanzierte Alterssicherung?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Die BürgerInnenversicherung ist eine grüne Idee, die inzwischen breite gesellschaftliche Unterstützung findet und auch von der SPD und der Linken aufgegriffen wurde. Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Mittelfristig soll die Rentenversicherung zur BürgerInnenversicherung weiterentwickelt werden, in die alle Bürgerinnen und Bürger, das heißt auch BeamtInnen, Selbständige und Abgeordnete, auf alle Einkommensarten unabhängig vom Erwerbsstatus einzahlen. Das ist für uns sowohl eine Frage der Gerechtigkeit wie der ökonomischen Nachhaltigkeit.

Gleichzeitig werden dadurch Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut, die präventiv vor Altersarmut schützen. Als erste Schritte wollen wir wieder Mindestrentenbeiträge für Arbeitslose einführen, die Minijobs vollumfänglich und auch die bisher nicht pflichtversicherten Selbständigen in die Rentenversicherung einbeziehen. Gerade Selbständige sind heute für das Alter häufig sehr schlecht abgesichert. Das müssen wir ändern.



Antworten von Dr. Marcus Schaper, Grüne



2. Kurzfragen zum Thema: Umwelt:

- a) Sind Sie dafür, die Energiewende wieder zu beschleunigen und nicht länger auf Atom, Kohle und Fracking zu setzen?

(Energiewende wieder beschleunigen?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Die Energiewende hat eine beeindruckende Eigendynamik entwickelt: 23% Anteil der Erneuerbaren beim Strom in 2012 – eine Steigerung von 32% gegenüber 2010. Das bedeutet nicht nur weniger Atom und Kohle, sondern auch einen Bedeutungsverlust der großen Stromkonzerne. Deshalb wollen Merkel, Rösler & Co sie ausbremsen. Die Energiewende bringt Wertschöpfung in die Region und Geld in die Hand von Bürgern, die Windräder, Solaranlagen und Wasserkraftwerke (mit-)betreiben. Damit stärkt sie die heimische Wirtschaft und ist ein beispielloser Demokratisierungsprozess, der die Macht im Energiesektor neu verteilt.

- b) Sind Sie für eine verpflichtende, frühzeitigere und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung bei

Bauprojekten? (Mehr wirkliche Bürgerbeteiligung?) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Öffentliche Planung kann nur gut werden, wenn Bürger von Anfang an beteiligt sind. Bürger als Abnicker im Planfeststellungsverfahren zum Schluss einer Planung verkennt ihr Potenzial, Projekte durch sachkundige Beratung besser zu machen. Die Hamelner Fußgängerzone hat gezeigt was passiert, wenn Rat und Verwaltung diese Kompetenz nicht sehen und sich über die Interessen ihrer Bürger hinweg setzen. Die Deutsche Bahn hat nun die einmalige Chance gemeinsam mit den Bürgerinitiativen Transit und dem Mobilitätsforum Weserbergland ein zukunftsfähiges Konzept für den Ausbau der Löhner Bahn zu erarbeiten. Diesen Prozess unterstützen wir gern.

- c) Sind Sie dafür, industrielle Massentierhaltung zu stoppen und Fleischexporte nicht länger zu fördern? (Gegen Massentierhaltung?) 



Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Die schwarz-gelbe Strategie, Niedersachsen zu einem Giga-Maststall zu machen, hat sich selbst diskreditiert: Der Nordwesten ersäuft in Gülle. So produzieren wir zu viel und zu schlechtes Fleisch und quälen dabei auch noch unsere Masttiere. Wir müssen die bäuerliche Landwirtschaft stärken, die Qualität statt Quantität produziert und Tiere artgerecht behandelt. Wir GRÜNE wollen die Errichtung neuer Riesenställe stoppen. Die Subventionierung der Tierquälerei in der Massentierhaltung gehört abgeschafft, genau wie die Privilegien für Ställe im Baurecht.

- d) Unterstützen Sie die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen auch gegen Bedenken der unmittelbaren Anwohner? 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Das Baurecht sieht aktuell schon sehr große Abstände zu Häusern vor. Bei der Suche nach neuen Standorten im Flecken Aerzen zum Beispiel blieben deshalb nur sehr wenige Flächen im Gemeindegebiet, auf denen überhaupt neue Vorranggebiete ausgewiesen werden können. Diese stellen den besten Kompromiss aller möglichen Standorte vor – da sollten die Partikularinteressen einiger weniger eindeutig vor dem Gemeinwohl zurückstehen. Anders ist das natürlich, wenn zwischen vielen möglichen Flächen abgewogen werden kann. Auch hier gilt: gute Planung bezieht Bürger frühzeitig mit ein.

- e) Unterstützen Sie die ersten Planüberlegungen für eine Westtangente/-umfahrung Hameln (vierte Weserbrücke)? 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Die Westtangente halte ich für völlig überflüssig. Wie die Zahlen der Stadt Hameln belegen stagniert der Verkehr in Hameln seit längerem und ist in einigen Bereichen sogar rückläufig. Bei nur 8% Durchgangsverkehr ist die Westtangente noch überflüssiger als die Südumgehung. Hameln braucht dringend eine bessere Bahn-Anbindung. Dazu muss Hameln wieder zu einem echten Knotenpunkt werden, also Ausbau der Löhner Bahn mit bestmöglichem Schallschutz. Wenn es schon eine zusätzliche Weserbrücke sein soll, dann bitte eine Bahn-Brücke, die es erlaubt die Lager Bahn (über Groß Berkel und Aerzen) ohne Klüttunnel als schnelle Straßenbahn zu reaktivieren.

Antworten von Dr. Marcus Schaper, Grüne



3. Kurzfragen zum Thema Soziales:

- a) Sind Sie dafür, dass der Staat eine gesetzliche Grundlage schafft, dass alle Verkaufsräume und öffentliche Einrichtungen barrierefrei gestaltet werden müssen. (Gesetzesinitiative

Barrierefreiheit) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Barrierefreiheit ist mehr als Rollstuhlrampen und breite Türen. Wir wollen umfassende Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen. Dabei verstehen wir Barrierefreiheit umfassend als Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit für mobilitätseingeschränkte, sehbehinderte oder blinde, hörbehinderte oder gehörlose Menschen und solche mit Lernschwierigkeiten. Visuelle und akustische Nutzbarkeit oder die Verwendung leichter Sprache gehören für uns ebenso dazu wie Stufenlosigkeit und taktile Leitsysteme. Kulturelle, sportliche und künstlerische Darbietungen sind ebenso barrierefrei zu gestalten wie Bildungsangebote auf allen Ebenen. Bislang wird das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen eingeschränkt, weil diese Möglichkeiten nicht erfüllt werden. Das erfordert ein gesellschaftliches Umdenken. Ein Gesetz schafft das allein nicht.

Baurecht ist überwiegend Ländersache. Daher wollen wir mit den Ländern eine gemeinsame Strategie zur umfassenden Barrierefreiheit verneinbaren.

- b) Sind Sie dafür, eine Reform des Wohngeldgesetzes vorzunehmen, damit als neue Energiekostenkomponente neben Heizkosten auch Stromkosten in Hartz-IV-

Haushalten berücksichtigt werden. (Wohngeld mit Stromkosten) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Wir wollen den Regelsatz für Erwachsene auf 420 Euro erhöhen und jährlich überprüfen, ob er noch angemessen ist. Diese Neuberechnung wollen wir im Dialog mit den Sozialverbänden umsetzen. Die Berechnung muss verfassungskonform gestaltet werden. Wir wollen die wichtigsten Ausgabenpositionen einzubeziehen, die für Teilhabe und Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen wichtig sind und auch durchschnittliche Energiekosten abdecken. Zudem muss der Regelbedarf 2014 auf Basis der neuen statistischen Daten an Inflation und Lohnentwicklung angepasst werden.

- c) Sind Sie dafür, dass sich Pflegesätze, Entgelte und Preise an der geforderten Qualität im Pflegebereich orientieren. (Erhöhung Pflegesätze/-entgelte) 

Ja

Nein

Unentschieden

Bemerkung:

Wir sehen das zunehmende Eindringen privater Anbieter in die lukrativen Bereiche des Gesundheits- und Sozialwesens mit Sorge. Der Wettbewerb in diesem Bereich kann nur zu Lasten des Personals „erfolgreich“ sein. Das hat bei manchen Trägern zur Folge, dass keine tarifgebundenen Löhne mehr gezahlt werden können, diese aus den Tarifverbänden aussteigen und schlecht qualifiziertes Personal anstellen. Hier sind vor allem die Pflegekassen gefragt, die Pflegesätze zu erhöhen. Insofern ist eine Angleichung der Pflegesätze in Niedersachsen an das bundesdeutsche Durchschnittsniveau sowie eine Neuregelung des Pflegbedürftigkeitsbegriffs auf der Bundesebene überfällig.

Wir wollen das Kompetenzprofil der Pflege durch Übernahme von neuen Aufgabenfeldern z.B. im Bereich von Beratung, Case-Management, psychosozialer Begleitung sowie verantwortlicher Übernahme bestimmter heilkundlicher Tätigkeiten, wie die Verordnungskompetenz von Heil- und Verbandsmitteln die pflegerische Kompetenzen betreffen, ausbauen. Dies muss bei der Personalbemessung sowie der Vergütung berücksichtigt werden. Dafür benötigen wir eine Personalbemessung. Bis zur Entwicklung eines Personalbemessungsinstruments wollen wir den aus dem Jahr 1999 stammenden Personalschlüssel an die jetzigen Erfordernisse anpassen.

Die Höhe der Pflegesätze und Gebühren wollen wir genauso wie den Personalschlüssel der Einrichtungen und Dienste an die neuen Erfordernisse anpassen. Tariflöhne sollen von allen Einrichtungsträgern anerkannt und von den Kostenträgern vollständig refinanziert werden.

